

Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 13. März 2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse

Everhard Holtmann und Kerstin Völkl

1. Ausgangslage: eingetrübte Grundstimmung im Bund und im Land

„It's the economy, stupid!“ – Die Wirtschaft gibt den Ausschlag, du Dummkopf! – Diese von der Wahlkampagne des ehemaligen US-Präsidenten *Bill Clinton* aufgestellte und seitdem häufig zitierte Weisheit, die so etwas wie ein ehernes Gesetz des Wahlverhaltens formuliert, schien vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 weitgehend außer Kraft gesetzt. Umfragen zufolge herrschte in den Monaten und Wochen vor dem dreifachen Wahlgang hierzulande nämlich eine deutlich eingetrübte Grundstimmung, obwohl sich die wichtigsten Konjunktur-, Arbeitsmarkt- und Haushaltsdaten als ausnehmend robust darstellten. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland wurde denn auch ganz überwiegend, nämlich von 79 Prozent der Bevölkerung, positiv bewertet.¹

Dennoch boten die Verhältnisse deutschlandweit für die ganz überwiegende Mehrheit (70 Prozent) aktuell „eher Anlass zur Beunruhigung“². Konkret Sorge bereiteten den Menschen die als bedrohlich empfundene weltpolitische Lage, die Gefahr terroristischer Anschläge sowie vor allem und mit zunehmender Intensität das Flüchtlingsproblem und dessen befürchtete Folgen, womit ansteigende Kriminalität (60 Prozent), größere Konkurrenz um preiswerten Wohnraum (57 Prozent) oder ein „zu starker“ Einfluss des Islams (50 Prozent) verbunden wurden.³

Ob die gesellschaftlichen Verhältnisse allgemein als „gerecht“ empfunden werden oder nicht, ist ein Gradmesser für das Maß an generalisiertem Systemvertrauen. In diesem Punkt zeigte sich die Bevölkerung Anfang 2016 gespalten: 50 Prozent fanden, dass es in Deutschland „alles in allem eher ungerecht zugeht“, 46 Prozent waren gegenteiliger Meinung.⁴ Nachweisbar ist: „Wer die Situation als ungerecht empfindet, hat eine deutlich kritischere Sicht auf die Politik.“⁵ Und es waren vor allem AfD-Anhänger: 79 Prozent von ihnen sahen die Verhältnisse als ungerecht an.

In die Bewertung der Regierungsleistung („Performanz“) gehen die subjektive Bilanzierung konkreter sachpolitischer Leistungen der Regierenden und auch normative Erwartungen, wie sie sich bei der Gerechtigkeitsfrage ausdrücken, gleichermaßen ein. Nicht überraschend fiel folglich die Zufriedenheit mit der Bundesregierung im Februar 2016 auf den vorläufig niedrigsten Stand der laufenden Wahlperiode: 61 Prozent zeigten sich weniger beziehungsweise gar nicht zufrieden. Bis März des Jahres hatte sich der Wert nur geringfügig

1 Vgl. Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND Januar 2016, Berlin 2016, S. 19; dies., Sachsen-AnhaltTREND vor der Landtagswahl 2016 (unveröffentlichte Vorwahlumfrage 7. bis 9. März 2016), Berlin 2016, S. 3.

2 Vgl. dies., ARD-DeutschlandTREND Februar 2016, Berlin 2016, S. 3.

3 Vgl. dies., ARD-DeutschlandTREND März 2016, Berlin 2016 S. 9.

4 Vgl. dies., a.a.O. (Fn. 2), S. 15.

5 Ebenda, S. 15.

gig (58 Prozent) verändert.⁶ Dabei gilt: Wer „die Verhältnisse“ als ungerecht empfindet, kritisiert auch häufiger die Flüchtlingspolitik und ist mit der Bundesregierung unzufriedener. Besonders deutlich fiel die Politikdistanz bei Anhängern der AfD aus, „die das Regierungshandeln nahezu geschlossen kritisieren (91 Prozent)“⁷.

Vor der Kulisse dieser allgemein besorgten und politikkritischen Stimmungslage deuteten sich Verschiebungen in den (partei)politischen Kräfteverhältnissen im Februar und März 2016 in der bundesweiten Sonntagsfrage bereits an: Die CDU/CSU sackte auf ihren vorläufig niedrigsten Wert (im Februar 35 Prozent) ab; die SPD verharrte in der Tiefebene der Wählergunst (23 bis 24 Prozent); Linke (9 Prozent) und Grüne (10 Prozent) hielten in etwa ihre Position; die „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurde mit elf bis zwölf Prozent zweistellig notiert, in Ostdeutschland, wo die Linke bei 20 Prozent und die SPD bei 18 Prozent lagen, kam sie auf 14 Prozent.⁸ Diese Verschiebungen sollten dann allerdings am Wahltag in Sachsen-Anhalt nachgerade dramatisch ausfallen.

Das eingetrübte und den etablierten politischen Parteien gegenüber skeptische bis ablehnende Stimmungsbild, das zur realwirtschaftlich stabilen Situation so merkwürdig kontrastiert, wurde in Sachsen-Anhalt in der Vorwahlzeit 2016 ebenfalls widergespiegelt. So war etwa die regionale Arbeitslosenrate von 13 Prozent (Februar 2011) auf 10,8 Prozent (Februar 2016) zurückgegangen. Knapp die Hälfte der Sachsen-Anhalter bewerteten Anfang März 2016 die wirtschaftliche Lage und 72 Prozent ihre persönliche ökonomische Situation im Land gegenwärtig als gut beziehungsweise sehr gut. Dennoch mangelt es an Zutrauen und Zuversicht in die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes: Vier von zehn Bewohnern (41 Prozent) meinten, verglichen mit den anderen ostdeutschen Ländern, sehe es „in Sachsen-Anhalt schlechter aus“. Generell gaben die Verhältnisse im Land 62 Prozent der Befragten „eher Anlass zur Beunruhigung“⁹.

Übereinstimmend mit dem bundesweiten Meinungsklima war das Thema Flüchtlinge *ein* Auslöser für solche Beunruhigung. Etwa drei Viertel der Landesbevölkerung war der Ansicht, die etablierten Parteien nähmen die Sorgen der Bürger nicht ernst. Dabei fiel die Besorgnis wegen befürchteter Folgen des Zuzugs von Fremden durchweg höher aus als in Deutschland insgesamt: zu starker Einfluss des Islam (67 Prozent / +17 Prozentpunkte), steigende Kriminalität (67 Prozent / +7 Prozentpunkte), Veränderung der gewohnten Lebensweise (55 Prozent / +8 Prozentpunkte), stärkere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (55 Prozent / +2 Prozentpunkte) und um Arbeitsplätze (37 Prozent / +10 Prozentpunkte).¹⁰

In einem Punkt allerdings unterschieden sich die Stimmungsbilder in Bund und Land in besonders bemerkenswerter Weise: Neben der Flüchtlingsfrage wurde die Themenagenda der Sachsen-Anhalter ebenso stark von der Arbeitsmarktlage dominiert. Fast gleich viele Befragte nannten Arbeit (61 Prozent) und Flüchtlinge (60 Prozent) als wichtigste Probleme, die vorrangig gelöst werden müssten.¹¹ Dabei stand für AfD-Sympathisanten die

6 Vgl. dies., a.a.O. (Fn. 3), S. 4, S. 6.

7 Vgl. dies., a.a.O. (Fn. 2), S. 4, S. 15.

8 Vgl. ebenda.

9 Vgl. Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTREND Vorwahlumfrage März 2016, a.a.O. (Fn. 1), S. 3 f., S. 5.

10 Vgl. ebenda, S. 10.

11 Deutlich dahinter rangierten Landflucht und Überalterung der Gesellschaft (37 Prozent) sowie Kriminalität und Verbrechen (34 Prozent), vgl. Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTREND Februar 2016, Berlin 2016.

Flüchtlingsfrage deutlich im Vordergrund.¹² Der Landes-CDU kam ihre im Wahlkampf eingenommene Position in der als Thema überragenden Flüchtlingsfrage insofern zugute, als sie für eine Obergrenze aufzunehmender Flüchtlinge votierte. In der Woche vor der Wahl fanden es 68 Prozent der Sachsen-Anhalter gut, „dass *Haseloff* der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik offen widerspricht“¹³.

Die hohe Priorisierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist angesichts der in den letzten Jahren stetig rückläufigen Arbeitslosenrate überraschend. Dies erklärt sich zum einen daraus, dass in Sachsen-Anhalt ein vergleichsweise hoher und über Jahre verfestigter Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit auch Teil der Realität ist, der im persönlichen Umfeld vieler anschaulich wird. Zum anderen deckt der Begriff „Arbeitsmarktsituation“ einen sehr viel weiteren Erfahrungshorizont ab als das wahrgenommene Risiko von Beschäftigungslosigkeit allein. In einer jüngst veröffentlichten Studie beschreiben Arbeitsmarktforscher auf der Basis von Betriebsbefragungen in Sachsen-Anhalt exemplarisch für die Metallindustrie, dass die Wahrnehmung ausgeprägter Defizite „guter Arbeit“ verbreitet ist: „Der Abstand zu den westdeutschen Entgelten wird zunehmend als nicht mehr hinnehmbar bewertet. Intransparente und als unfair bewertete Regelungen zu Prämien, Schichtzuschlägen und Sonderleistungen werden zunehmend kritisiert.“ Und weiter: „Intensiver Kritik unterliegt die betriebliche Arbeitszeitpolitik, denn in der Metallindustrie in Sachsen-Anhalt sind Überstunden, kurzfristig angesetzte Samstagsarbeit, Schichtarbeit und ungünstiger Arbeitsrhythmus weit verbreitet.“ Zudem ist prekäre Arbeit, vor allem Leiharbeit, immer noch existent.¹⁴

So betrachtet findet sich für die spezielle Problemagenda der Landesbevölkerung ein weiteres Motiv. Damit könnte sich erklären, weshalb die Themen Flüchtlinge und Arbeitsmarkt auf der Problemagenda gleichrangig den Spitzenplatz einnehmen. Das *situativ* – im Einklang mit der bundesweiten Stimmung – aufgeladene und als dringlich empfundene Flüchtlingsproblem ist unterlegt mit *strukturellen* Erfahrungslagen aus der Arbeitswelt, die als Mängel „guter Arbeit“ abgespeichert sind. Inwieweit zwischen solchen Erfahrungen aus der Arbeitswelt, einer diffusen pessimistischen Einschätzung des Entwicklungsstandes und der Entwicklungschancen des Landes sowie dem ausgeprägt politikkritischen Grundklima ein Zusammenhang besteht, bedarf indessen noch näherer Untersuchung. Zulässig ist immerhin die Annahme, dass eine solche verdoppelte Problemwahrnehmung die generell kritische Sicht auf die Landespolitik nährt und die Wahlentscheidung am 13. März 2016 beeinflusst hat.

Die im Land verbreitete, dezidiert kritische Perzeption der Politik wird anhand der in der Wahlforschung gängigen Indikatoren ausnahmslos bestätigt (vgl. Abschnitt 3.4.). Dass im Bund und in Sachsen-Anhalt die gleiche Konstellation einer Großen Koalition gegeben ist, hat sich im Übrigen nicht als ein für die in Magdeburg Regierenden vorteilhaft dämpfender „Stimmungspuffer“ ausgewirkt. Da die politische Grundstimmung auch gegenüber „Berlin“ durchwachsen ausfällt (dem ARD-DeutschlandTREND vom März 2016

12 Vgl. ebenda, S. 3.

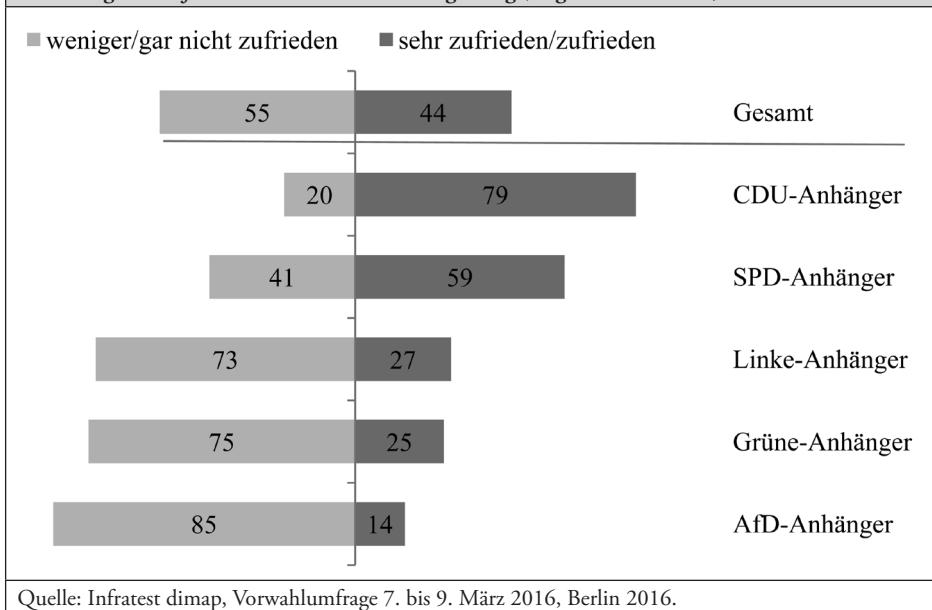
13 Ebenda, S. 2 f.

14 Vgl. *Wolfhard Kohte | Ute Bernhardt | Rebekka Heyme | Bettina Wiener*, Im Zeichen des Fachkräftemangels. Neue Entwicklungen im Agieren vor allem jüngerer Arbeitnehmer speziell am ostdeutschen Arbeitsmarkt, Studie der Stiftung Neue Länder in der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt am Main 2016, S. 3 f.

zufolge zeigen sich 58 Prozent der Bundesbürger mit der Bundesregierung „weniger“ oder „gar nicht zufrieden“¹⁵), hat sich die Vertrauenskrise gegenüber „Magdeburg“ umso ungebremster aufgebaut – allerdings auf die Koalitionspartner CDU und SPD nicht gleich verteilt.

Im Wahlmonat März 2016 zeigten sich 44 Prozent mit der Regierungsbilanz zufrieden, vier Prozentpunkte weniger als 2011, aber immerhin mehr als noch zur Halbzeit der Wahlperiode (38 Prozent im August 2013); 55 Prozent bekundeten Kritik.¹⁶ Dabei äußerten sich SPD-Anhänger deutlich kritischer als Parteigänger der CDU (vgl. Abbildung 1). Der für die Regierungszufriedenheit gemessene Wert war der niedrigste von allen Flächenländern im Vergleichszeitraum 2015/16.¹⁷ Bei der Zufriedenheit mit den Regierungsparteien öffnete sich für die Koalition eine Sympathieschere: Hier schnitt die CDU mit 40 Prozent besser ab als die SPD (29 Prozent).

Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Landesregierung (Angaben in Prozent)



Dass angesichts der politischen Grundstimmung kein Bedürfnis nach Wechsel in Sachsen-Anhalt aufkam, verwundert nicht. Zwar hatten sich in der Woche vor der Landtagswahl 51 Prozent der Befragten einen Regierungswechsel gewünscht; aber von denen, die am 13. März zur Wahl gingen, sprachen sich 50 Prozent für das Weiterregieren von CDU und SPD aus (darunter auch rund 35 Prozent der AfD-Wähler) und lediglich 35 Prozent für ein Bündnis Linke/SPD/Grüne. Für die Alternative Rot-Rot-Grün, die allerdings aufgrund des

15 Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND, a.a.O. (Fn. 3), S. 6.

16 Vgl. dies., Sachsen-AnhaltTREND August 2013, Berlin 2013; dies., Sachsen-AnhaltTREND Vorwahlumfrage März 2016, a.a.O. (Fn. 1), S. 7.

17 Vgl. dies., Sachsen-AnhaltTREND Vorwahlumfrage März 2016, a.a.O. (Fn. 1), S. 8.

Wahlresultats rechnerisch ausschied, votierten auch nur gut 34 Prozent der verbliebenen SPD-Wähler; knapp 60 Prozent gaben Schwarz-Rot den Vorzug.¹⁸

Der Absturz der SPD in der Wählergunst des Landes hat sich offenbar erst in den letzten Monaten, ja Wochen vor dem Wahltag entschieden. Noch im August 2013 kam die Partei mit 21 Prozent auf einen Umfragewert, der fast genau ihrem 2011 errungenen Stimmenanteil (21,5 Prozent) entsprach. Auch die CDU hatte damals allerdings mit 39 Prozent noch deutlich besser gelegen.¹⁹ Zehn Tage vor der Landtagswahl 2016 zeichnete sich die teilweise dramatische Umschichtung in den landespolitischen Kräfteverhältnissen bereits ab: Während die Union sich mit 31 Prozent relativ stabil zeigte, rutschte die SPD auf 15 Prozent. Linke (21 Prozent) und Grüne (5,5 Prozent) büßten, gemessen am Wahlergebnis von 2011, ebenfalls Wählersympathien ein. Die FDP lag mit 4,5 Prozent knapp unter der Sperrklausel, und die AfD kam zu diesem Zeitpunkt schon auf 19 Prozent.²⁰

2. Wahlkampf: Bedeutungsverlust landespolitischer Kernthemen, zerstobene Koalitionsoptionen

Koalitionsregierungen führen den Wettbewerb der ihr angehörenden Parteien von innen, aus dem Bündnis heraus.²¹ Der so genannten heißen Phase des Wahlkampfes, die in der Regel sechs bis acht Wochen vor dem Wahltag eingeläutet wird, geht eine zeitlich deutlich länger gestreckte Vorlaufphase voraus, während der die regierenden Partner sich in parteipolitischen Absetzbewegungen üben, inhaltlich konträre Positionen verdeutlichen sowie, soweit die demoskopisch ermittelte Kräfteverteilung dies zulässt, alternative Koalitionsoptionen ins Spiel bringen.

Etwa ein Jahr vor dem Ende der Wahlperiode gewann auch in Sachsen-Anhalt dieses koalitionspolitische Handlungsmuster, das an der Vernunftpartnerschaft festhält und gleichzeitig begrenzte Konflikte austestet, an Dynamik. Anfang März 2015 gab *Katrin Budde*, die Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD und designierte Spitzenkandidatin, als politische Zielvorgabe aus, die SPD wolle „auf jeden Fall so stark werden, dass wir eine Regierung anführen können“²². Zumindest stärker als die Linke zu werden, sei, so *Budde*, „eines meiner Wahlziele“²³. Erklärtermaßen ging die SPD unter *Buddes* Führung ohne klare Koalitionsaussage in den Wahlkampf und wähnte sich in einer Schlüsselposition für drei mögliche Optionen: als Juniorpartner einer abermals stärkeren Linken, als Seniorpartner von Rot-Rot, falls sie die Linke hinter sich ließ, oder aber als kleinerer Partner der CDU wie bisher.²⁴

18 Vgl. ebenda, S. 28; dies., Landtagswahl 13. März 2016 (Nachtanalyse zum 14. März 2016), S. 9.

19 Vgl. dies., Sachsen-AnhaltTREND August 2013, a.a.O. (Fn. 16).

20 Vgl. dies., Sachsen-AnhaltTREND Vorwahlumfrage März 2016, a.a.O. (Fn. 1), S. 26.

21 Vgl. hierzu *Sabine Kropp*, Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden 2001.

22 Vgl. *Hendrik Kranert-Rydzky* / *Kai Gauselmann*, Budde will Linke überholen, in: Mitteldeutsche Zeitung (MZ) vom 6. März 2015, S. 1.

23 Ebenda.

24 Vgl. ebenda; ferner *Hendrik Kranert-Rydzky*, Die Budde Show, in: MZ vom 9. März 2015, S. 2.

Die Stimmungslage im Land ließ dieses nach mehreren Seiten offene Machtkalkül *Buddes* realistisch erscheinen. Bei der „Sonntagsfrage“ vom August 2013 hatten Linke (22 Prozent) und SPD (21 Prozent) gemeinsam vor der CDU (39 Prozent) gelegen. Die Grünen verzeichneten sieben Prozent, folglich hätte es für Rot-Rot-Grün – allerdings auch für Schwarz-Grün – zu diesem Zeitpunkt rechnerisch gereicht.²⁵ Laut der nächstfolgenden Umfrage im September 2015, schienen die Chancen für die SPD als präsumtive koalitionspolitische „Königsmacherin“ nochmals gewachsen: Die CDU kam nunmehr auf 34 Prozent (ein Minus von fünf Punkten gegenüber August 2013). Für SPD (21 Prozent / ± 0 Punkte) und Linke (26 Prozent / +4 Punkte) hätte es demnach, wenn auch denkbar knapp, zur eigenen Mehrheit gereicht, obwohl die AfD (5 Prozent) bereits die Mandatsschwelle streifte. Die Grünen verharrten bei sieben Prozent und hätten demgemäß mit der Union rechnerisch keine Regierung bilden können.²⁶ Gleichwohl ließ die Partei, trotz erklärter rot-grüner Präferenz, auch diese Tür offen: *Claudia Dalbert*, Fraktionschefin und designierte Spitzenkandidatin der Grünen, brachte dies mit folgender Formel indirekt zum Ausdruck: „Sachsen-Anhalt braucht einen Politikwechsel mit klarer sozial-ökologischer Handschrift.“²⁷

Diese Umfragezahlen vor Augen, operierte die CDU erkennbar aus der Defensive. Um einen Regierungswechsel zu verhindern, umwarb der erneut als Spitzenkandidat nominierte Ministerpräsident *Reiner Haseloff* die Sozialdemokraten: Die SPD sei ein bewährter Koalitionspartner. „Die Ergebnisse dieser Landesregierung sind die Ergebnisse beider Parteien.“ Mit Blick auf die Linke kündigte *Haseloff* einen Lagerwahlkampf an, weil diese Partei „eine andere Gesellschaft will“²⁸. Offenbar hoffte der amtierende Regierungschef, mittels dieser Polarisierung die Konflikte innerhalb der SPD zu schärfen, das heißt die in der Partei latent vorhandenen Widerstände gegen eine Allianz mit der Linkspartei zu mobilisieren.

Indes: Als zur Jahreswende 2015/16 das Thema Flüchtlinge rasant an öffentlicher Bedeutung gewann, wurden nicht nur alle Vorsätze der etablierten Parteien, einen inhaltlichen Wahlkampf um genuin landespolitische Themen, wie beispielsweise Bildung und Familie, Niedriglöhne und gute Arbeit, Kinderförderung und Gemeinschaftsschule, Kulturlandschaft und Haushaltskonsolidierung, zu führen, sondern auch die Debatten um alternative Modelle zur bestehenden schwarz-roten Koalition faktisch Makulatur. Hatten noch im September 2015 die Sachsen-Anhalter mit breiter Mehrheit (63 Prozent) bejaht, dass sich die Politik angemessen um die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge kümmere, und sich nur zu 37 Prozent gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ausgesprochen²⁹, so kippte mit dem anschwellenden Strom der Flüchtlinge das Meinungsklima, wie oben dargestellt, ab Anfang 2016 rasch um. Die grassierende Angst vor unkontrollierter Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen war der Stoff, aus dem die AfD ihren Aufstieg zur rechtspopulistischen Protestpartei schneiderte. Die AfD wandte sich gegen „zügellose Masseneinwanderung“ und das „Multikulti-Experiment“ im Lande³⁰ und drängte mit ihrem

25 Vgl. Infratest dimap, Sachsen-AnhaltTREND August 2013, a.a.O. (Fn. 16).

26 Vgl. dies., LänderTREND Sachsen-Anhalt 8. bis 12. September 2015, Berlin 2015.

27 Kommentar zu *Hendrik Kranert-Rydzky*, a.a.O. (Fn. 24), S. 4.

28 Vgl. ebenda.

29 Vgl. Infratest dimap, LänderTrend Sachsen-Anhalt, a.a.O. (Fn. 26).

30 Vgl. *Alexander Schierholz*, Schluss mit Multikulti, in: MZ vom 7. März 2016, S. 8.

aggressiven Sprachgebrauch die abschätzig als „Altparteien“ bezeichneten Mitbewerber in die Defensive. Erst jetzt stieg die AfD zu einer alle übrigen Parteien als „Altparteien“ schmähenden Anti-Parteien-Partei mit Massenwirkung auf und erreichte erstmals im Januar 2016 zweistellige Umfrageergebnisse (siehe oben).³¹

3. Das Wahlergebnis

3.1. Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung im Land

Von 15 Parteien, die mit Landeslisten angetreten waren, schafften am 13. März 2016 fünf den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Diese Konstellation hatte es bisher nur bei der ersten Landtagswahl 1990 gegeben. Seither waren immer vier Parteien in den Landtag eingezogen. Große Gewinnerin der Wahl 2016 ist die AfD, die zweitstärkste Kraft wurde (vgl. Tabelle 1). Zwar hatten die Umfragen im Vorfeld bereits ihr gutes Abschneiden vermuten lassen³², jedoch fiel das tatsächliche Ergebnis dann nochmals höher aus. Mit 24,3 Prozent erzielte die am 6. Februar 2013 gegründete AfD den größten Erfolg in ihrer noch jungen Parteigeschichte und das beste Resultat, das eine Partei aus dem Stand seit Gründung der Bundesrepublik jemals erreicht hat. Zwar hatten in Sachsen-Anhalt in der Vergangenheit rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wiederholt beachtliche Stimmengewinne bei Landtagswahlen erzielen können, so die DVU mit 12,9 Prozent 1998, die Schill-Partei mit 4,5 Prozent 2002 und die NPD mit 4,6 Prozent 2011. Das Abschneiden der AfD stellt in seinem Ausmaß an Stimmenzuwachs jedoch eine neue Dimension dar. Lediglich der Schill-Partei war seit der Wiedervereinigung Ähnliches gelungen: Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2001 kam sie aus dem Stand auf 19,4 Prozent und wurde drittstärkste Kraft.

Bei der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt konnte nur die CDU mit 29,8 Prozent mehr Stimmen als die AfD auf sich vereinigen. Dabei handelte es sich um das zweitschlechteste Ergebnis der Christdemokraten im Lande und die dritte Wahl in Folge, bei der die CDU jeweils leichte Verluste hinnehmen musste. Verglichen mit den Stimmeneinbußen der CDU bei der zeitgleich stattfindenden Landtagswahl in Baden-Württemberg (-12,0 Prozentpunkte) und unter Berücksichtigung der bundespolitischen Stimmungslage hat sich die Landes-CDU in Sachsen-Anhalt allerdings vergleichbar gut behauptet.

Einen deutlichen Stimmenrückgang mussten Linke und insbesondere Sozialdemokraten hinnehmen. Mit großem Abstand auf die AfD erreichte die Linke 16,3 Prozent der gülti-

31 Noch im Sommer 2015 lag die Quote der Bürger, die eine Parteiidentifikation (PI) mit der AfD angaben, in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts unter einem Prozent. Rechnet man die insgesamt 55,6 Prozent ohne PI heraus, identifizierten sich unter Befragten mit Wahlabsicht 1,2 Prozent und unter erklärten Nichtwählern 4,7 Prozent mit der AfD. Im Rückblick wird das Potenzial, das die AfD unter – von ihr am 13. März erfolgreich mobilisierten – (vormaligen) Nichtwählern hatte, ansatzweise deutlich. Vgl. *Everhard Holtmann / Tobias Jaeck*, *Sachsen-Anhalt-Monitor 2015: Nichtwahl. Strukturmerkmale, Motivlagen und sozialräumliche Verankerung*, Halle / Magdeburg 2015, S. 72.

32 In Umfragen von Forsa vom 9. März 2016 und der Forschungsgruppe Wahlen vom 10. März 2016 lag die AfD bei 18 Prozent, http://www.election.de/cgi-bin/showpoll.pl?name=ltw_sa (Abruf am 20. Juni 2016).

gen Stimmen und verlor gegenüber 2011 7,3 Prozentpunkte – im langfristigen Vergleich auch ihr zweitschlechtestes Wahlergebnis. Lediglich bei der ersten Landtagswahl 1990 hatte die damalige PDS noch schlechter abgeschnitten (12,0 Prozent). Die große Wahlverliererin war die SPD. Sie büßte im Vergleich zur Landtagswahl 2011 etwas mehr als die Hälfte aller Stimmen ein. Damit hat sich die SPD von circa 35 Prozent (1994 und 1998) über circa 20 Prozent (2002 bis 2011) auf nunmehr 10,6 Prozent bei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt stetig verschlechtert. Dieser Abwärtstrend hat historische Ausmaße. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist die SPD bei einer Landtagswahl nur noch viertstärkste Kraft. Diesen Negativrekord teilen sich die Sozialdemokraten von Sachsen-Anhalt mit dem Landesverband in Baden-Württemberg, wo am selben Tag gewählt wurde. Aufgrund des katastrophalen Abscheidens der SPD in Sachsen-Anhalt erhielten die beiden „Volksparteien“ CDU und SPD gemeinsam erstmals deutlich weniger als die Hälfte (40,4 Prozent) der gültig abgegebenen Stimmen.

Trotz leichter Stimmenzugewinne (+1,0 Punkte) scheiterte die FDP mit 4,9 Prozent wie 2011 an der Fünf-Prozent-Hürde. Letztlich fehlten knapp 1.600 Stimmen für den Einzug in den Landtag. Vor dem Hintergrund ihrer einstigen Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt (1990: 13,5 Prozent; 2002: 13,3 Prozent) und der vorhandenen großen Wechselbereitschaft der Wähler sind die Liberalen hinter ihren Möglichkeiten zurück geblieben.

Unter den sonstigen Parteien lohnt ein näherer Blick auf NPD und Freie Wähler: Nachdem die NPD 2011 verhältnismäßig knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war (4,6 Prozent), kam sie 2016 nur noch auf 1,9 Prozent. Offensichtlich sind dem Aufruf der Partei, mit der Erststimme für die AfD und mit der Zweitstimme für die NPD zu votieren³³, nur wenige Anhänger gefolgt. Auch die Freien Wähler konnten ihren Achtungserfolg von 2011 (2,8 Prozent) nicht weiter ausbauen und fielen auf 2,2 Prozent zurück. Die übrigen Kleinparteien erzielten alle weniger als zwei Prozent der Wählerstimmen.

Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zu 2011 und insbesondere zu 2006, als sie einen historischen Tiefstand erreicht hatte, auf 61,1 Prozent deutlich gestiegen. Das ist die höchste Beteiligung seit 18 Jahren. Im Längsschnitt gleicht die Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt einer Berg- und Talfahrt³⁴. Bei 65,1 Prozent bei der ersten Landtagswahl 1990 beginnend, ging sie 1994 zunächst um 10,3 Punkte auf 54,8 Prozent zurück, um dann 1998 sprunghaft auf 71,5 Prozent anzusteigen und 2002 wieder auf 56,5 Prozent zurückzufallen. 2006 folgte dann der Negativrekord mit einer Wahlbeteiligung von 44,4 Prozent. Bei den Landtagswahlen 2011 und 2016 wurde der auch in anderen Bundesländern beobachtbare Trend der abnehmenden Wahlbeteiligung erst einmal gebrochen. 2011 war es die Atomkatastrophe in Japan, die die Menschen politisierte, und 2016 die Flüchtlingskrise, die mehr Bürger zur Stimmabgabe motiviert hat.³⁵ Allerdings darf die gestiegene Wahlbeteiligung nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Nichtwähleranteil bei 38,9 Prozent lag. Würden die Nichtwähler eine eigene Partei stellen, wären sie die stärkste Kraft (vgl. Tabelle 1). Mit deutlichem Ab-

33 Vgl. *Tilman Steffen*, NPD dient sich der AfD an, in: ZEIT online vom 7. März 2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/landtagswahlen-npd-afd-allianz-koalition-erststimme> (Abruf am 20. Juni 2016).

34 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Landeswahlleiter, <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/index.html> (Abruf am 3. August 2016).

35 Vgl. *Marcel Pauly*, Sehen Sie hier die ehrlichen Wahlergebnisse, in: Die Welt online vom 13. März 2016, <http://www.welt.de/153251707> (Abruf am 25. Juni 2016).

Tabelle 1: Ergebnis, Sitze und Direktmandate der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016															
	2016					2011					Differenz 2016 zu 2011				
	% an Zweitstimmen	% an Wahlberechtigten	Sitze	% an Erststimmen	Wahlkreise	% an Zweitstimmen	% an Wahlberechtigten	Sitze	% an Erststimmen	Wahlkreise	%-Punkte an Zweitstimmen	%-Punkte an Wahlberechtigten	Sitze	%-Punkte an Erststimmen	Wahlkreise
CDU	29,8	17,8	30	29,6	27	32,5	16,2	41	34,3	41	-2,7	+1,6	-11	-4,7	-14
AfD	24,3	14,5	25	23,1	15						+24,3	+14,5	+25	+23,1	+15
Die Linke	16,3	9,8	16	18,7	1	23,7	11,8	29	24,6	3	-7,4	-2,0	-13	-5,9	-2
SPD	10,6	6,4	11	14,3	–	21,5	10,7	26	21,6	1	-10,9	-4,3	-15	-7,3	-1
Grüne	5,2	3,1	5	5,3	–	7,1	3,6	9	6,7		-1,9	-0,5	-4	-1,4	–
FDP	4,9	2,9	–	5,5	–	3,8	1,9	–	3,5		+1,1	+1,0	–	+2,0	–
NPD	1,9	1,1	–	–	–	4,6	2,3	–			-2,7	-1,2	–		–
Freie Wähler	2,2	1,3	–	2,1	–	2,8	1,4	–	4,9		-0,6	-0,1	–	-2,8	–
Andere*	4,9	2,9	–	1,4	–	3,9	1,9	–	4,4		+1,0	+1,0	–	-3,0	–
Gültige Stimmen	100,1	59,8	87	100,0	43	99,9	49,8	105	100,0	45	±0,0	+10,0	-18	±0,0	-2
Ungültige Stimmen	2,1	1,3		3,1		2,4	1,2		2,6		-0,3	+0,1		+0,5	
Wähler		61,1					51,2					+9,9			
Nichtwähler		38,9					48,8					-9,9			
Wahlberechtigte		100,0					100,0					0,0			
Anmerkungen: Abweichungen von 100 beziehungsweise 0 Prozent sind rundungsbedingt. Die Prozentpunktdifferenzen wurden auf Basis der gerundeten Stimmenanteile in der Tabelle berechnet und können daher von den Veröffentlichungen der Landeswahlleiterin abweichen.															
* Andere (Zweitstimmen 2016): ALFA 0,9 Prozent; Die Partei 0,5 Prozent; Die Rechte 0,2 Prozent; Freie Bürger Mitteldeutschland 0,4 Prozent; Magdeburger Gartenpartei 0,4 Prozent; Tierschutzallianz 1,0 Prozent; Tierschutzpartei 1,5 Prozent.															
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Landeswahlleiter, https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/index.html (Abruf am 3. August 2016); eigene Zusammenstellung.															

Tabelle 2: Wählerwanderungen zwischen den Landtagswahlen 2011 und 2016 in Sachsen-Anhalt (Angaben: Saldo in absoluten Stimmen)

Wanderung AfD			Wanderung SPD			Wanderung Nichtwähler		
AfD	← +38.000	← CDU	SPD	→ -20.000	→ CDU	Nichtwähler	→ -39.000	→ CDU
	← +28.000	← Linke		→ -9.000	→ Linke		← +1.000	← Linke
	← +20.000	← SPD		→ -4.000	→ Grüne		← +11.000	← SPD
	← +3.000	← Grüne		→ -2.000	→ FDP		← +1.000	← Grüne
	← +6.000	← FDP		→ -20.000	→ AfD		→ -10.000	→ FDP
	← +101.000	← Nichtwähler		→ -11.000	→ Nichtwähler		→ -101.000	→ AfD
	← +54.000	← Andere		→ -7.000	→ Andere		→ -24.000	→ Andere

Quelle: Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap, https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AfD (Abruf am 25. Juni 2016).

stand von über 20 Prozentpunkten würde die CDU mit 17,8 Prozent folgen und die SPD auf gerade einmal 6,5 Prozent kommen. Von einer Volkspartei kann bei solch einem Ergebnis wahrlich nicht mehr die Rede sein. Für die Regierungsbildung würde dies bedeuten, dass eine Mehrheit ohne die Nichtwähler nur noch in einem Vierer-Bündnis der restlichen Parteien möglich wäre. Deutlich wird aus dieser Perspektive, dass die tatsächliche Mobilisierungsleistung der Parteien nur angemessen beurteilt werden kann, wenn ihr Ergebnis nicht auf Basis der gültigen Stimmen, sondern der Wahlberechtigten berechnet wird.

Vor dem Hintergrund des sehr guten Abschneidens der AfD, herber Stimmenverluste fast aller anderen Parteien – allen voran der SPD – und der gestiegenen Wahlbeteiligung stellen sich drei Fragen: (1) Woher kamen die Stimmen der AfD? (2) An wen hat die SPD Stimmen verloren? (3) Für wen haben frühere Nichtwähler votiert?

Wie die Wählerwanderungsanalysen zeigen (vgl. Tabelle 2)³⁶, hat die AfD sowohl Wähler von den etablierten Parteien abgeworben als auch Nichtwähler mobilisiert. Mehr als 100.000 ehemalige Nichtwähler gaben der AfD ihre Stimme. Damit ist sie diejenige Partei, die von der gestiegenen Wahlbeteiligung am meisten profitierte. Bei den Parteistimmen stammt der größte Anteil von den anderen kleineren Parteien, gefolgt von der CDU, der Linken und der SPD. Auch wenn die Anteile der anderen Parteien nicht näher aufgefächert sind, liegt es aufgrund des Stimmenrückgangs der NPD nahe zu vermuten, dass etliche Wähler, die 2011 noch für die NPD votierten, sich diesmal für die AfD entschieden haben. Erklärungsbedürftig ist die Wanderungsbewegung von der Linken zur AfD. Da die Linke in Sachsen-Anhalt ihre programmatische Ausrichtung nicht verändert und sich im Wahlkampf klar gegen Abschiebungen von Flüchtlingen ausgesprochen hat, handelt es sich offenbar um Proteststimmen, die abgewandert sind. Nur so erklärt sich der Wechsel von einer links- zu einer rechtsorientierten Partei bei zwei aufeinander folgenden Wahlen.

³⁶ Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap, https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/analyse-wanderung.shtml#16_Wanderung_AfD (Abruf am 25. Juni 2016).

Die Stimmeneinbußen der Sozialdemokraten gingen in alle Richtungen. Die meisten Wähler verlor die SPD an ihren Koalitionspartner CDU und an die AfD (jeweils circa 20.000). Aber auch die Links-Partei, mit der sich die SPD bei den vergangenen drei Landtagswahlen einen Wettstreit um Platz zwei geliefert hatte, profitierte von den Stimmenverlusten der Sozialdemokraten. Ungefähr 11.000 ehemalige SPD-Wähler wechselten ins Lager der Nichtwähler. Von keiner anderen Partei haben sich bei der jetzigen Wahl so viele Wähler abgewandt beziehungsweise sich für das Nichtwählen entschieden. Nur Grüne und Linke verzeichneten noch (vergleichsweise kleinere) Verluste an das Nichtwählerlager. Alle anderen Parteien konnten Nichtwähler für sich mobilisieren, allen voran die AfD.

Zusammengefasst hat sich bei der Landtagswahl 2016 erneut bestätigt, dass das Wahlverhalten in Sachsen-Anhalt sehr volatil ist. Das spiegelt sich zum einen in der Wahlbeteiligung und zum anderen in dem Abschneiden der Parteien wider. Beides war in Sachsen-Anhalt in der Vergangenheit wie auch bei der jetzigen Landtagswahl starken Schwankungen unterworfen.

3.2. Das Ergebnis in den Wahlkreisen

Vergleicht man Zweit- und Erststimmenergebnisse bei dieser Landtagswahl, fällt auf, dass SPD, aber auch Linke bei Direktkandidaten im Wahlkreis durchweg besser abschnitten als bei der Wahl der Landesliste ihrer Partei. Die AfD erzielte hingegen bei den Zweitstimmen ein geringfügig besseres Ergebnis. Allerdings muss man hierbei berücksichtigen, dass die AfD nur in 37 der 43 Wahlkreise einen Kandidaten aufgestellt hatte. Bei CDU und Grünen bestehen, von Ausnahmen abgesehen, keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Anteilen an Partei- und Personenstimmen.

Wie Tabelle 1 zeigt, spiegelt sich das gute Abschneiden der AfD nicht nur in der Stimmenverteilung, sondern auch in der Anzahl der errungenen Direktmandate. Es gelang ihr auf Anhieb, 15 Wahlkreise zu erobern. Die besten Erststimmenergebnisse erzielte die AfD im Wahlkreis Bitterfeld mit 33,4 Prozent und in Querfurt mit 33,1 Prozent. Ihre Hochburgen liegen generell im Süden rund um Halle und im Mansfelder Land.³⁷ Diese Gegenden waren zu DDR-Zeiten geprägt von Kupferbergbau und Chemieindustrie. Nach der Wende machten sich hier der ökonomische Strukturbruch und seine Folgen für den Arbeitsmarkt nachhaltig bemerkbar.³⁸ In den beiden größten Städten Sachsen-Anhalts, Halle und Magdeburg, konnte die AfD weniger zulegen. Allerdings schaffte sie es auch dort, jeweils einen Wahlkreis zu gewinnen. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte sie vor allem in Wahlbezirken mit einer traditionell niedrigen Wahlbeteiligung, einem hohen Anteil von Hartz-IV-Empfängern und in städtebaulich vernachlässigten Gebieten.³⁹

37 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, a.a.O. (Fn. 34).

38 Vgl. *Stefan Locke*, Wie radikal sind die Köpfe der AfD?, in: FAZ online vom 14. März 2016, http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-sachsen-anhalt/afd-in-sachsen-anhalt-wie-radikal-sind-die-koepfe-der-afd-14123900.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (Abruf am 26. Juni 2016).

39 Vgl. *Jan-Ole Prasse*, Wahlergebnisse in Halle: Die gespaltene Stadt, in: MZ online vom 14. März 2016, <http://www.mz-web.de/halle-saale/wahlergebnisse-in-halle-die-gespaltene-stadt-23725838>; *Katja Tessnow*, CDU und AfD in Magdeburg fast überall vorn, in: Volksstimme online vom 15. März 2016, <http://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/20160315/landtagswahl-cdu-und-afd-in-magdeburg-fast-ueberall-vorn> (Abruf jeweils am 26. Juni 2016).

Die CDU gewann mit 27 zwar die meisten der 43 Wahlkreise, musste aber im Vergleich zu 2011 herbe Verluste bei den Direktmandaten hinnehmen. Sie konnte sich 2016 im Norden Sachsen-Anhalts, das heißt in der Altmark und der Magdeburger Börde, sowie größtenteils in Halle und der Landeshauptstadt Magdeburg durchsetzen. Der Wahlkreis Köthen ist diesmal der einzige, den die Linke direkt gewann. Hatte die SPD 2011 zumindest noch einen Wahlkreis für sich erobern können, ging sie nun bei der Verteilung der Direktmandate gänzlich leer aus.

Besonders hart umkämpft waren die Wahlkreise Magdeburg I, Jessen im Landkreis Wittenberg und Dessau-Roßlau. Hier betrug der Stimmenvorsprung des Erst- zum Zweitplatzierten weniger als einen Prozentpunkt. Den deutlichsten Abstand vor ihren Herausforderern hielten jeweils CDU-Bewerber in Blankenburg und Wanzleben. In beiden Wahlkreisen war allerdings die AfD nicht mit eigenen Kandidaten angetreten. Gewinne konnte außer der AfD ohnehin kaum eine Partei bei den Erststimmen für sich verbuchen. Lediglich in neun Wahlkreisen gelang es CDU, Linken oder Grünen, geringfügig besser als bei der letzten Landtagswahl 2011 abzuschneiden. Meist waren dies Wahlkreise, in denen die AfD keinen Kandidaten aufgestellt hatte. Der Normalfall bei den etablierten Parteien war, dass sie teils erhebliche Stimmenverluste zu verkraften hatten. Die SPD musste in acht, die Linke in sechs Wahlkreisen Einbußen im zweistelligen Bereich hinnehmen. Etwas glimpflicher kam die CDU davon, die nur in einem Wahlkreis von solch deutlichen Verlusten betroffen war.

Wirft man einen Blick auf das Erststimmenergebnis der Spitzenkandidaten, so konnten nur der amtierende Ministerpräsident der CDU, *Reiner Haseloff*, und *André Poggenburg* von der AfD ihre Wahlkreise gewinnen. Während letzterer in Zeitz mit 31,6 Prozent immerhin das sechsbeste Erststimmenergebnis für seine Partei verbuchte, nimmt der Ministerpräsident in Dessau-Roßlau-Wittenberg mit 32,9 Prozent der Erststimmen Platz elf in der CDU-Rangliste ein. *Claudia Dalbert*, Spitzenkandidatin der Grünen, konnte zwar nicht ihren Wahlkreis Halle III gewinnen, erzielte aber mit 14,6 Prozent das mit Abstand beste Erststimmenergebnis für ihre Partei. Damit übertrifft sie das Zweitstimmenergebnis der Grünen um 9,4 Prozentpunkte. Die Spitzenkandidaten der SPD, *Katrin Budde*, und der Linken, *Wulf Gallert*, mussten sich in Magdeburg IV dem CDU-Wahlkreiskandidaten geschlagen geben. Während *Gallert* mit 19,7 Prozent über dem durchschnittlichen Erststimmenergebnis der Linken lag, wurde *Budde* mit 13,2 Prozent regelrecht abgestraft.

3.3. Sozialstrukturelle Aspekte der Wahlentscheidung

Die sozialstrukturelle Aufschlüsselung des Wahlergebnisses zeigt deutliche Unterschiede im Abstimmungsverhalten der Bürger Sachsen-Anhalts auf (vgl. Tabelle 3). Die CDU als stärkste Partei schnitt überdurchschnittlich bei Frauen, bei ab 70-Jährigen und bei Selbständigen ab, unterdurchschnittlich hingegen bei Männern, Personen unter 35 Jahren sowie bei Arbeitslosen und Arbeitern. Sie verbuchte in allen Altersgruppen bis 60 Jahren Verluste. Lediglich bei Wählern ab 60 Jahren legte sie entgegen dem Trend etwas zu (+2 Prozentpunkte).⁴⁰

40 Vgl. Kurzanalyse der Forschungsgruppe Wahlen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, http://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/NewsL_Anha_2016_1.pdf (Abruf am 26. Juli 2016).

Tabelle 3: Wahlentscheid nach Geschlecht, Alter, Bildung und Beruf (Angaben in Prozent)

	CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP	Andere
Wahlergebnis	29,8	24,3	16,3	10,6	5,2	4,9	9,0
Geschlecht							
Männer	25,3	29,6	17,0	9,7	4,5	4,8	9,1
Frauen	32,5	19,1	15,7	11,4	5,9	5,3	10,1
Alter							
18 bis 24 Jahre	17,4	21,0	12,5	11,5	12,6	5,6	19,3
25 bis 34 Jahre	21,3	28,4	11,0	9,4	7,1	4,1	18,5
35 bis 44 Jahre	27,6	27,8	10,3	8,5	6,7	5,9	13,1
45 bis 59 Jahre	27,7	28,0	15,2	8,6	5,5	5,2	9,8
60 bis 69 Jahre	29,7	24,2	20,3	10,4	3,8	4,9	6,6
70 Jahre und älter	36,2	16,1	20,8	14,8	3,0	4,8	20,3
Bildung							
Hauptschule	33	24	17	12	2	4	
Mittlere Reife	28	31	14	9	3	5	
Abitur	31	21	15	10	8	5	
Hochschulabschluss	33	12	22	13	8	6	
Beruf / Tätigkeit							
Arbeiter	20	35	14	10	4	3	
Angestellte	29	21	15	10	7	6	
Selbständige	38	22	9	8	9	10	
Rentner	35	18	23	13	2	5	
Arbeitslose	14	36	16	12	2	2	

Quellen: Geschlecht und Alter: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2016, Wahlen 2016. Wahl des 7. Landtages von Sachsen-Anhalt am 13. März 2016. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Halle (Saale), S. 12 (Geschlecht), S. 17 (Alter). Bildung: Forschungsgruppe Wahlen, ZDF-Slideshow, Folie 34 bis 39, <http://wahltool.zdf.de/slideshow/2016-03-13-LT-DE-ST.html>. Beruf / Tätigkeit: Infratest dimap, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-job.shtml> (Abruf jeweils am 27. Juni 2016).

Die AfD war besonders bei Männern erfolgreich. 29,6 Prozent der männlichen Wähler entschieden sich für sie, aber nur 19,1 Prozent der Frauen. Ihre stärksten Ergebnisse verzeichnete die Partei bei Wählern zwischen 25 und 59 Jahren. In der jüngsten Altersgruppe fiel ihr Wahlergebnis zwar unterdurchschnittlich aus, dennoch ist die AfD auch in dieser Alterskohorte die stärkste Partei. Nur bei den über 69-Jährigen erhielt sie unterdurchschnittlich Zuspruch. Im Übrigen punktete die AfD vor allem bei Personen mit mittlerer Reife, wo sie sogar vor der CDU lag. Schwächer war ihre Anziehungskraft für Wähler mit Hochschulabschluss. Bei Arbeitern und Arbeitslosen lag die AfD mit großem Abstand vor den übrigen Parteien.

Eine bevorzugte Partei der Rentner war neben CDU und SPD auch die Linke mit 23 Prozent in dieser Wählergruppe. Traditionell positiv schneidet die Linke unter Hochschulabsolventen ab. Die SPD kam zwar bei den ab 70-Jährigen auf ihr relativ bestes Ergebnis innerhalb der Altersgruppen; sie verlor aber im Vergleich zu 2011 bei Wählern jeden Alters, insbesondere bei den ab 60-Jährigen.⁴¹ Bei Personen mit formal niedriger Bildung, die bis-

41 Vgl. ebenda.

her zu ihren Stammwählern zählten, büßten die Sozialdemokraten ebenfalls deutlich an Rückhalt ein (-14 Prozentpunkte).⁴² Die Grünen erzielten ihr bestes Ergebnis mit 12,6 Prozent in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen. Zudem gewannen sie besonders Bürger mit hohen Bildungsabschlüssen, aber auch Selbständige für sich. In dieser Berufsgruppe konkurrierten sie mit der FDP, die ebenfalls unter Selbständigen ihre größten Anteile erreichte.

3.4. Motive der Wahlentscheidung

Den Aussagen von Wählern zufolge wurde ihre Entscheidung in erster Linie von Lösungsvorschlägen der Parteien zu drängenden politischen Problemen geleitet (59 Prozent) (vgl. Tabelle 4). Dies trifft insbesondere auf Anhänger der AfD (75 Prozent), aber auch der Grünen (68 Prozent) zu. Die zur Wahl stehenden Spitzenkandidaten und die langfristige Parteibindung spielten für das Gros der Wähler eine untergeordnete Rolle (16 beziehungsweise 17 Prozent). Lediglich Anhänger von Union und Sozialdemokraten maßen letzteren beiden Aspekten bei ihrer Wahlentscheidung eine etwas größere Bedeutung zu als die Wähler anderer Parteien. Auffallend ist, dass der Spitzenkandidat der AfD, *André Poggenburg*, für gerade einmal acht Prozent der AfD-Anhänger ein Wahlmotiv darstellte. Kein anderer Spitzenkandidat weist einen vergleichbar niedrigen Wert auf (vgl. Tabelle 4).

Geht es darum, welche Partei in den Augen der Wähler am ehesten in der Lage ist, die aktuellen politischen Probleme zu lösen, liegt die CDU in allen wichtigen Kompetenzfeldern vor der Konkurrenz (vgl. Tabelle 5). Hinzu kommt, dass die Christdemokraten ihre Kompetenzführerschaft in allen Feldern im Vergleich zur Landtagswahl 2011 nochmals ausbauen konnten. Am deutlichsten wird dies bei der Haushalts- und Finanzpolitik, wo eine Zunahme in der Kompetenzzuschreibung von 16 Prozentpunkten zu konstatieren ist. Bei dem die Wahl dominierenden Thema der Flüchtlingspolitik wird zwar der CDU die größte Lösungskompetenz zugesprochen (30 Prozent), allerdings sehen 13 Prozent auch die AfD hierzu in der Lage. Darüber hinaus werden der AfD von elf Prozent Kompetenz in der Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung zugestanden. Auch bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit und der generellen Lösung von wichtigen Aufgaben in Sachsen-Anhalt trauen ihr immerhin acht und sieben Prozent Kompetenz zu. Die AfD auf eine bloße Ein-Themen-Partei zu reduzieren, greift vor diesem Hintergrund zu kurz.

Bei der SPD sind dramatisch eingebrochene Kompetenzwerte zu beobachten. Gerade in den „harten“ Feldern wurden den Sozialdemokraten nur geringe Lösungsfähigkeiten zugesprochen: für Wirtschaft von 14 Prozent (-10 Prozentpunkte im Vergleich zu 2011), für Haushalt und Finanzen von 17 Prozent (-6 Punkte), für Arbeitsplätze ebenfalls nur von 17 Prozent (-10 Punkte), für die Lösung der wichtigsten Probleme des Landes 14 Prozent (-12 Punkte). Lediglich bei ihrem klassischen Markenzeichen „für soziale Gerechtigkeit sorgen“ liegt die SPD mit 26 Prozent (-5 Punkte) noch vorn, allerdings knapp gefolgt von der Linkspartei (25 Prozent). Die Defizite bei der wahrgenommenen Lösungskompetenz sind ein zentraler Schlüssel für das letztlich katastrophale Abschneiden der SPD. Dass der Bun-

42 Vgl. *Christina Elmer | Christina Hebel | Frank Kalinowski*, Wahlanalysen: Wie die AfD in Sachsen-Anhalt punktet, in: Der Spiegel online vom 14. März 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahl-in-sachsen-anhalt-2016-wie-die-afd-punktete-a-1081497.html> (Abruf am 27. Juni 2016).

Tabelle 4: Verschiedene Wahlmotive gemäß Selbstauskunft (Angaben in Prozent)

	Gesamt	CDU	AfD	Linke	SPD	Grüne	FDP
Sozialpsychologische Faktoren							
Spitzenkandidat(in)	16	26	8	13	19	13	12
Sachlösungen	59	43	75	59	47	68	62
Parteilbindung	17	25	5	21	25	18	17
Protestwahlpotenzial							
Überzeugung	54	73	27	62	61	64	51
Enttäuschung	38	20	64	30	29	30	43
Entscheidungszeitpunkt							
am Wahltag	17	16	14	14	19	24	20
letzte Tage	16	16	13	14	19	19	24
letzte Wochen	24	20	35	18	23	23	29
früher*	39	46	35	50	34	34	27
* vor längerer Zeit + wähle immer gleich. Quelle: WahlANALYSE von Infratest dimap zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt, 13. März 2016, Berlin 2016.							

despartei ähnlich wenig zugetraut wird, bedeutet für die Landes-SPD einen allenfalls schwachen Trost.

Die CDU verdankt ihr gutes Abschneiden bei der Landtagswahl nicht nur der ihr zugewiesenen Problemlösungskompetenz auf wichtigen Politikfeldern, sondern auch ihrem Spitzenkandidaten *Reiner Haseloff*, der bei Bekanntheits- und Beliebtheitswerten weit vor seinen Herausforderern lag. Im Vergleich zu 2011 konnte *Haseloff* seine Bekanntheit deutlich um 19 Punkte auf 59 Prozent ausbauen. *Wulff Gallert*, der Spitzenkandidat der Linken, der seinen dritten Versuch unternahm, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt zu werden, war hingegen nur 35 Prozent bekannt. SPD-Spitzenkandidatin *Katrin Budde* kannten etwa genauso viele Sachsen-Anhalter (36 Prozent). Bei der Frage nach einer (hypothetischen) Direktwahl des Ministerpräsidenten lag der Amtsinhaber *Haseloff* mit 52 Prozent ebenfalls um Längen vor seinen Herausforderern *Gallert* (Linke, 15 Prozent) und *Budde* (SPD, 13 Prozent). Während Parteigänger der CDU nahezu geschlossen hinter dem amtierenden Ministerpräsidenten standen (85 Prozent), optierten SPD-Anhänger nur zu 39 Prozent für *Budde*, die der Linken zu 47 Prozent für *Gallert*. Die Schwäche der beiden Herausforderer im Vergleich zum CDU-Regierungschef zeigt sich auch bei den Sympathiewerten: *Gallert* kommt auf 0,3 und *Budde* auf 0,0 auf einer Skala von -5 bis +5. Dabei ist der Beliebtheitswert von *Haseloff* mit 1,3 vergleichsweise moderat. Punkten konnte der Regierungschef allerdings bei den Kandidateneigenschaften. So bescheinigten ihm die Bürger, dass er sympathischer und glaubwürdiger sei und über mehr Sachverstand verfüge als sein Herausforderer *Gallert* (tabellarisch nicht ausgewiesen).⁴³

43 Vgl. zur Kenntnis der Kandidaten: *Viola Neu / Sabine Pokorny*, Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016, Wahlanalyse, Amtliches Endergebnis, Konrad Adenauer Stiftung, Berlin 2016, S. 8; zum präferierten Ministerpräsidenten: Infratest dimap, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-aktuellethemen.shtml> (Abruf am 30. Juni 2016); zur Skalometerbewertung: Forschungsgruppe Wahlen, ZDF-Slideshow, Folie 10, <http://wahltool.zdf.de/slideshow/2016-03-13-LT-DE-ST.html> (Abruf am 27. Juni 2016).

Tabelle 5: Den Parteien zugeschriebene Lösungskompetenz 2011 und 2016 (Angaben in Prozent)														
	CDU		Linke		SPD		Grüne		FDP		AfD		keine Partei/ weiß nicht	
	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016	2011	2016
Wirtschaft in Sachsen-Anhalt voranbringen Eine gute Haushalts- und Finanzpolitik betreiben Arbeitsplätze sichern und neue schaffen Eine gute Verkehrspolitik betreiben Kriminalität und Verbrechen in Sachsen-Anhalt bekämpfen Die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt stoppen Die Flüchtlingssituation in den Griff bekommen Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben Für eine gute Familien-politik und Kinder-betreuung sorgen Eine gute Umweltpolitik betreiben Für soziale Gerechtigkeit sorgen Die wichtigsten Aufgaben in Sachsen-Anhalt lösen	43	48	6	6	24	14	2	1	4	5	5		18	19
	30	46	5	8	23	17	1	1	3	2	3		36	20
	36	43	9	8	27	17	2	1	2	4	3		22	21
	37	41	4	5	21	19	7	5	3	2	2		27	23
		35		7		12		2		1	11			28
	26	32	11	9	21	13	2	2	3	3	6		34	33
		30		6		9		3		1	13			35
	26	27	18	20	31	22	3	4	2	3	4		17	18
	22	24	24	21	32	28	4	5	3	2	5		12	13
	14	20	6	6	14	10	47	44	0	1	2		17	14
19	19	27	25	31	26	3	3	1	2	8		17	15	
33	40	11	9	26	14	1	3	1	2	7		24	23	
Quelle: Infratest dimap, Vorwahlumfrage 7. bis 9. März 2016.														

Die positive Beurteilung der CDU bei Sachthemen und Spitzenkandidat kommt auch darin zum Ausdruck, dass ihre Anhänger das geringste Unzufriedenheitspotenzial aufweisen (vgl. Tabelle 4). Für keine andere Partei stimmten mehr Wähler aus Überzeugung als für die Christdemokraten. Für die AfD entschieden sich dagegen fast zwei Drittel ihrer Wähler (64 Prozent) aus Enttäuschung über die etablierten Parteien; aus Überzeugung votierten lediglich 27 Prozent. Auch bei der Wahl der FDP spielten Protestmotive eine nicht unerhebliche Rolle: 43 Prozent gaben den Liberalen ihre Stimme, um den anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen.

Die FDP profitierte aber nicht nur von Protestwählern, sondern auch von Spätereinscheidern. 44 Prozent ihrer Wähler entschieden sich erst am Wahltag oder in den letzten Tagen vor der Wahl, für die Partei zu votieren (vgl. Tabelle 4). Gleiches gilt für die Grünen: 24 Prozent der Wähler legten sich erst am Wahltag auf eine Stimmabgabe zu ihren Gunsten fest. Anders als man vermuten könnte, ist die Wahl der AfD keine Kurzschlussentscheidung gewesen. Ein Großteil der Anhänger (70 Prozent) entschied sich dazu bereits in den letzten Wochen vor der Wahl oder früher. Nur Wähler der Linken und der CDU haben sich noch früher festgelegt. Für knapp die Hälfte der CDU-Anhänger (46 Prozent) und für jeden zweiten Wähler der Linken stand die Wahlentscheidung schon längere Zeit fest.

4. Regierungsbildung

Das Wahlergebnis vom 13. März ermöglichte rein rechnerisch drei Varianten der Regierungsbildung: ein Zusammengehen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen (46 von 87 Sitzen), ein Bündnis der CDU mit der AfD (54 Sitze) oder eine Verbindung von CDU und Linken (47 Sitze). Da einerseits CDU und Linkspartei eine Koalition nach wie vor ausschlossen und andererseits alle im neuen Landtag vertretenen Fraktionen die AfD als nicht koalitionsfähig erachteten, kam faktisch allein ein Dreierbündnis aus CDU, SPD und Bündnisgrünen in Frage.

Hierfür wurden noch am Wahlabend die Weichen gestellt. Ministerpräsident *Haseloff*, dem die Initiative für die Regierungsbildung zufiel, schloss eine Koalition mit der AfD eindeutig aus und bekundete, gemeinsam mit SPD und Grünen eine „stabile Regierung der Mitte“⁴⁴ formieren zu wollen. In solche Gespräche gehe die CDU ohne inhaltliche oder personelle Vorbedingungen; den vom Wähler erhaltenen Auftrag wolle man „nicht durch Vorfestlegungen erschweren“⁴⁵. SPD und Grüne ließen wissen, auch sie seien sich ihrer Verantwortung bewusst.⁴⁶ Die Landesvorstände beider Parteien beschlossen am Montag nach der Wahl, Sondierungsgespräche mit der CDU aufzunehmen. *Claudia Lüddemann*, die Landesvorsitzende der Grünen, meldete zugleich Ansprüche auf zwei Ministersessel an: „Umwelt und Bildung, das ist das Mindeste.“⁴⁷

44 Vgl. *Reiner Bingener*, Suche nach Abtrünnigen, in: FAZ vom 26. April 2016, S. 4; *Hendrik Kranert-Rydzky* / *Kai Gauselmann* / *Jan Schumann*, Die Reise geht nach „Kenia“, in: MZ vom 15. März 2016, S. 1.

45 *Hendrik Kranert-Rydzky* / *Kai Gauselmann* / *Jan Schumann*, a.a.O. (Fn. 44).

46 Vgl. *Reiner Bingener*, a.a.O. (Fn. 44).

47 *Hendrik Kranert-Rydzky* / *Kai Gauselmann* / *Jan Schumann*, a.a.O. (Fn. 44).

Unter dem Eindruck des dramatischen Absturzes auf knapp über zehn Prozent der Wählerstimmen brachen in der SPD heftige Konflikte auf. Nachdem die Partei- und Fraktionsvorsitzende *Katrin Budde* am Abend des Wahlsonntags zunächst einen Rücktritt ausgeschlossen hatte, kündigte sie, als sich heftiger innerparteilicher Gegenwind erhob, tags darauf an, bis zur Neuwahl des Landesvorstandes den Landesvorsitz ruhen zu lassen. Für die Führung der Sondierungsgespräche wurden die stellvertretende Landesvorsitzende *Katja Pähle* sowie der am 15. März in einer Kampfabstimmung interimistisch gewählte neue Fraktionsvorsitzende *Andreas Steppuhn* benannt.⁴⁸

Am Dienstag nach der Wahl trafen sich erstmals die seitens der drei Parteien bestimmten Leitungen von neun Arbeitsgruppen zu einer Sondierungsrunde. Diese Verhandlungsgruppen, die den späteren Koalitionsvertrag inhaltlich vorbereiten sollten, folgten in ihrer fachlichen Ausrichtung dem bisherigen Ressortzuschnitt.⁴⁹ Nach Abschluss der Sondierungsgespräche Anfang April traten die drei künftigen Regierungspartner in förmliche Koalitionsverhandlungen ein. Wesentliche Punkte des innerhalb von drei Wochen ausgehandelten, 145-seitigen Koalitionsvertrages sind eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen, zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie die Polizei, eine verbesserte Kinderförderung, ein Sofortprogramm „Umweltschutz“, ein möglichst ohne Schuldenaufnahme auskommender Landeshaushalt sowie eine Aufstockung der Grundfinanzierung der Hochschulen.⁵⁰

Die CDU erhielt neben dem Ministerpräsidenten und der um den Bereich Kultur erweiterten Staatskanzlei die Ressorts Inneres und Sport, Justiz und Gleichstellung, Finanzen, Bildung, Landesentwicklung und Verkehr. An die SPD gingen zwei Ressorts, nämlich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie Arbeit, Soziales und (neu in die Hausbezeichnung aufgenommen) Integration. Bündnis 90/Die Grünen übernahmen das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, das aus dem Wirtschaftsministerium die Referate Energiepolitik und Energieaufsicht sowie die Zuständigkeit für die Landesenergieagentur erhielt (vgl. Tabelle 6).⁵¹

Die Gespräche wurden trotz zügigen Fortgangs von zwei externen politischen Misstönen begleitet. Als sich der Wechsel des Landwirtschaftsressorts von der CDU zu den Grünen abzeichnete, protestierten hunderte von Land- und Forstwirten vor dem Landtag. Auch prominente CDU-Abgeordnete nahmen an der Demonstration teil, was von den Grünen als Affront empfunden wurde.⁵² Vor diesem Hintergrund wurde die Entscheidung *Claudia Dalberts* nach erfolgter Ernennung zur Ministerin für Umwelt und Landwirtschaft, den

48 Vgl. Pressemitteilung des SPD-Landesverbands Sachsen-Anhalt vom 14. März 2016; ferner *Jan Schumann*, Die gespaltene Fraktion, in: MZ vom 16. März 2016, S. 2; *Cornelius Pollmer*, Beginn der Fachgespräche, in: SZ vom 23. März 2016, S. 5.

49 VG 1: Integration, Stärkung der Demokratie; VG 2: Bildung, Kultur; VG 3: Wirtschaft und Wissenschaft; VG 4: Arbeit, Soziales, Gesundheit; VG 5: Innen- und Kommunalpolitik; VG 6: Haushalts- und Finanzpolitik; VG 7: Wohnungswesen, Städtebau, Verkehr; VG 8: Umwelt, Landwirtschaft, Energie; VG 9: Justiz, Gleichstellung, Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien (siehe Pressemitteilung des SPD-Landesverbands Sachsen-Anhalt vom 18. März 2016).

50 Vgl. Vertragstext des Regierungsprogramms „Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig“, http://www.verdi.uni-halle.de/docs/2016/Koalitionsvertrag_2016_04_20.pdf (Abruf am 20. Juli 2016).

51 Vgl. ebenda, S. 143.

52 Vgl. *Jan Schumann*, Das grüne Haus, in: MZ vom 26. April 2016, S. 3.

Tabelle 6: Die Mitglieder der neuen Landesregierung Sachsen-Anhalts (Stand: Juli 2016)

Ministerpräsident	Dr. <i>Reiner Haseloff</i> (CDU)
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur	<i>Rainer Robra</i> (CDU)
Ministerium für Inneres und Sport	<i>Holger Stahlknecht</i> (CDU)
Ministerium für Justiz und Gleichstellung	<i>Anne-Marie Keding</i> (CDU)
Ministerium der Finanzen	<i>André Schröder</i> (CDU)
Ministerium für Bildung	<i>Marco Tullner</i> (CDU)
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	<i>Jörg Felgner</i> (SPD)
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration	<i>Petra Grimm-Benne</i> (SPD)
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie	Prof. Dr. <i>Claudia Dalbert</i> (Bündnis 90/Die Grünen)
Minister für Landesentwicklung und Verkehr	<i>Thomas Webel</i> (CDU)
Quelle: Website des Landes Sachsen-Anhalt, www.sachsen-anhalt.de (Abruf am 3. Juli 2016).	

Geschäftsführer des anhaltischen Bauernverbandes als Staatssekretär zu berufen, allgemein als ein geschickter Schachzug empfunden.

Für Irritationen sorgte ferner, dass bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Landtags der Kandidat der Linkspartei, *Wulf Gallert*, im ersten Wahlgang durchfiel und erst im zweiten Durchlauf mit 45 von 87 Stimmen knapp gewählt wurde. Die, wie eine Zeitung schrieb, „augenscheinliche Parteinnahme der CDU für den AfD-Kandidaten, aber gegen den der Linken wurde als schwere Belastung der laufenden Verhandlungen von CDU, SPD und Grünen für eine Kenia-Koalition nach der Landtagswahl am 13. März gewertet“⁵³.

Am 24. April wurde der Koalitionsvertrag unterzeichnet. Für den Tag darauf war die Neuwahl des Ministerpräsidenten angesetzt. Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse im Landtag (die neue Koalition verfügt über 46 von 87 Mandaten) und eines als unberechenbar eingeschätzten, in der Größenordnung allerdings nicht genau bekannten Teils der CDU-Fraktion wurde der Wahlakt von Spannung begleitet. Tatsächlich erhielt *Reiner Haseloff* im ersten Wahlgang nur 41 Ja-Stimmen – fünf weniger als das Kenia-Bündnis Sitze hat. Im zweiten Wahlgang reichte es zur Regierungsmehrheit: *Haseloff* bekam 47 Stimmen, bei drei ungültigen Voten und drei Enthaltungen.

Letztlich stimmten Landesparteitage aller drei Parteien dem Koalitionsvertrag mit großen Mehrheiten zu (CDU mit 83,6 Prozent, SPD mit 94,0 Prozent, Grüne mit 96,9 Prozent). Um die bei Teilen der CDU vorhandene kritische Grundstimmung aufzufangen, hatte CDU-Landeschef *Thomas Webel* die Delegierten seiner Partei auf „Kenia“ ausdrücklich brieflich eingeschworen, indem er unter anderem auf „schwarze Leitplanken“ im Koalitionsvertrag hinwies.⁵⁴

Mit dem Einzug der AfD ist im neuen Landtag die Opposition nach der Zahl der Sitze stärker als im alten Landesparlament, trotz der Verluste der Linkspartei. Die Linke wählte

53 Als 1. Vizepräsident war zuvor der AfD-Abgeordnete *Daniel Rausch* mit 46 Stimmen gewählt worden. Vgl. *Hendrik Kranert-Rydz*, Historischer Eklat im Landtag, in: MZ vom 13. April 2016, S. 1; ferner *Reinhard Bingener*, Gegen alle Gepflogenheiten, in: FAZ vom 13. April 2016, S. 5.

54 Vgl. *Peter Carstens*, Scheitert Haseloff in letzter Minute?, in: FAZ online vom 25. April 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sachsen-anhalt-scheitert-reiner-haseloff-in-letzter-minute-14195812.html> (Abruf am 25. April 2016).

den Finanzpolitiker *Sven Knöchel* zum neuen Fraktionsvorsitzenden. AfD-Landeschef *André Poggenburg* führt nun in Personalunion auch die Landtagsfraktion und kündigte eine konstruktive Oppositionsarbeit an: „Wir sprechen mit jedem und wir unterstützen zukünftig auch jeden Antrag einer jeden Partei, wenn wir der Meinung sind, dass er unseren Bürgern und unserem Land guttut.“⁵⁵

5. Zusammenfassung

- (1) Die politische Grundstimmung im Lande wurde seit der Jahreswende 2015/16 durch das Flüchtlingsthema dominiert. Dies entsprach einer bundesweit verbreiteten Tendenz. Eine landesspezifische Besonderheit war jedoch, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt als dringliches Problem gleichrangig mit der Flüchtlingsfrage eingestuft wurde. Dies hatte zur Folge, dass die Stimmungslage in Sachsen-Anhalt sich besonders eintrübte.
- (2) Die thematische Dominanz der Flüchtlingsfrage drängte, abgesehen von der unter-schweligen Präsenz der mit dem Arbeitsmarkt verbundenen Problemlagen, während der heißen Wahlkampfphase genuin landespolitische Themen in den Hintergrund. Das gereichte SPD, Linkspartei und Grünen zum Nachteil. Umgekehrt spülte diese thematische Engführung Wasser auf die Mühlen der AfD. Die CDU kam insoweit in der Endabrechnung auch deshalb glimpflicher davon, als ihr Spitzenkandidat Ministerpräsident *Haseloff* zur Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin auf Distanz ging.
- (3) Eindeutiger Wahlgewinner war die AfD und klarer Verlierer die SPD. Während die AfD von allen anderen Parteien Stimmen abzog, einen beträchtlichen Anteil bisheriger Nichtwähler mobilisierte und aus dem Stand zur zweitstärksten Fraktion im Landtag aufrückte, schrumpfte die SPD, gemessen an der Zahl ihr verbliebener Wähler, auf den Status einer kleinen Partei. Ursächlich dafür ist ein Bündel von Faktoren: fehlende zugeschriebene Parteikompetenz in wichtigen Politikfeldern, eine eher kritisch bewertete Regierungsleistung, mangelnde Strahlkraft der Spitzenkandidatin, die schon während der Wahlkampagne verloren gegangene Option Rot-Rot-Grün sowie, last but not least, ein nachteiliger Bundestrend.
- (4) Die aus diesen Landtagswahlen resultierende Umschichtung im regionalen Parteiensystem schlägt sich auch in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Elektorate nieder: Während Arbeiter und Arbeitslose überdurchschnittlich AfD wählten, verzeichneten SPD und Linke in dieser ihrer traditionellen Wählerklientel nachgerade dramatische Einbußen.
- (5) Die Landkarte der Wähleranteile weist seit dem 13. März 2016, nimmt man die gewonnenen Direktmandate als Grundlage der Betrachtung, eine deutliche Nord-Süd-Scheidelinie auf. Während die CDU im nördlichen Landesteil die meisten Wahlkreise verteidigte, waren im Süden überwiegend Direktkandidaten der AfD erfolgreich.
- (6) Mit dem neuen Magdeburger Regierungsbündnis aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird die Farbenlehre auf der Ebene der Landesparlamente um eine weitere Spielart, die so genannte Kenia-Koalition (schwarz-rot-grün) erweitert. Zugleich wird die Vetomacht der Grünen im Bundesrat abermals verstärkt.

⁵⁵ Zitat nach *Michael Bock*, AfD hinter CDU zweitstärkste Kraft, in: *Magdeburger Volksstimme* vom 14. März 2016, S. 1.